

LINKE Positionen zur Migrationspolitik

Welche Haltung hat DIE LINKE zur Migrationspolitik?

Menschen suchen sich nicht aus, wo sie geboren werden. Sie sollten aber das Recht haben zu wählen, wo sie leben wollen. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Immer mehr Menschen kommen aus unterschiedlichen Motiven heraus nach Deutschland. DIE LINKE akzeptiert keinesfalls, dass Menschen nach Qualifikation und Arbeitsmarktlage in „Nützliche“ und „Unnütze“, in „Erwünschte“ und „Unerwünschte“ eingeteilt werden.

Migration wird es immer geben und in einer globalisierten Welt wird sie immer bedeutender werden. Zugleich ist DIE LINKE aber dagegen, dass die Menschen gezwungenermaßen – aus Armut, Arbeitslosigkeit, aufgrund von Umweltzerstörung oder wegen politischer oder religiöser Verfolgung – ihre Heimat verlassen müssen. DIE LINKE verlangt deswegen auch Strategien und Konzepte, um in den Ländern, aus denen die Menschen kommen, soziale Probleme und Ungerechtigkeiten abzubauen.

DIE LINKE kritisiert, dass die EU in der Migrationspolitik vor allem der Bekämpfung der illegalen Migration oberste Priorität einräumt. So werden die Menschen kriminalisiert, die nur illegal Europa erreichen können oder deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Welche Position hat die LINKE zum Zusammenleben verschiedener ethnischer Gruppen in Deutschland?

Eine Errungenschaft der Bundesrepublik ist das Gleichheitsprinzip im Grundgesetz, das allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Rechte und Chancen zu Bildung, Ausbildung und Beruf garantiert. Dieses republikanische Grundverständnis trifft leider immer weniger für junge Migranten sowie Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland zu.

DIE LINKE will die Rechte und Chancen der Migrantinnen und Migranten stärken. Das Erlernen der deutschen Sprache ist dabei ein wesentliches Element für die Integration. Sie darf allerdings nicht zum alleinigen Schlüssel erklärt werden, das ist ausgrenzend.

Der Familiennachzug muss sowohl Kindern als auch gleich- und andersgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern sowie Familienangehörigen zweiten Grades möglich sein. Deutsch-Tests im Ausland für einreisewillige Ehegatten schränken das Recht auf familiäres Zusammenleben in unzulässiger Weise ein und gehören abgeschafft. Migrantinnen müssen wirksam vor patriarchaler Gewalt geschützt werden und einen sicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Ein Bleiberecht benötigen auch länger hier lebende, bislang jedoch nur geduldete Personen.

Welche Rolle spielen Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik?

Ohne die Leistungen der eingewanderten Mitbürgerinnen und Mitbürger würde es die Bundesrepublik in ihrer heutigen Form als entwickeltes westliches Industrieland nicht geben, weder in seiner wirtschaftlichen Leistungskraft noch in seiner

kulturellen Vielfalt. Dem steht nach wie vor ihre gravierende Benachteiligung bei der Teilhabe an dieser Gesellschaft gegenüber. Im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund haben fast drei Mal so viele Migrantinnen und Migranten keinen Schul- oder Berufsabschluss. Die Arbeitslosigkeit ist bei ihnen doppelt so hoch wie bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund, das Armutsrisiko sogar mehr als doppelt so groß.

Viele Probleme übrigens, die Migrantinnen und Migranten zugeschrieben werden, erweisen sich bei genauem Hinsehen als urdeutsche, gesellschaftliche Probleme. So ist das deutsche Bildungssystem ungerecht. Es benachteiligt Kinder aus sozial schwachen Familien, Kinder mit Migrationshintergrund und Kinder mit Behinderungen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Herkunft sowie sozialer Status über den Bildungs- und damit maßgeblich den Lebensweg von Menschen entscheiden. Deshalb fordert DIE LINKE eine flächendeckende, umfassende und gebührenfreie ganztägige Betreuung für alle Kinder ab dem ersten bis zum 14. Lebensjahr. Wir wollen das mehrgliedrige selektive Bildungssystem abschaffen, stattdessen Gemeinschaftsschulen einführen und ein flächen- und bedarfsgerechtes ganztägiges Schulangebot schaffen. Eine gesetzliche Umlage soll Ausbildungsplätze sichern.

Wie groß ist der Einfluss religiöser Einrichtungen und Gruppen in Ländern wie der Bundesrepublik?

DIE LINKE setzt sich für eine Gleichbehandlung aller Religionen und in dem Zusammenhang für eine konsequente Trennung von Staat und Kirche ein. Ein religiöses Bekenntnis ist eine persönliche und freie Entscheidung und kann keine verbindlich vorgegebene kollektive Orientierungsgröße sein. Insofern steht DIE LINKE dem Einfluss von Religionen auf Verfassung und Regierungen skeptisch gegenüber. Das bedeutet aber nicht, dass religiöse Vertreter, die im Namen der Gläubigen sprechen und deren Interessen vertreten, nicht ihre Stimme in der politischen Debatte erheben dürfen.

Ist Religion ein politischer Faktor in Deutschland?

Auch wenn Staat und Kirche hierzulande theoretisch getrennt sind, stellen sich insbesondere die christliche Religion und ihre Institutionen als ein großer politischer Faktor in der Bundesrepublik dar. Das zeigte sich erst jüngst, als die ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche, Frau Käßmann, den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in Frage stellte. Auch das soziale Engagement der Kirchen ist hoch anzuerkennen. Ich begrüße es, wenn sich Vertreter der Religionen in dieser Weise in die Politik einmischen. Maßstab bleibt dabei immer das Grundgesetz. Demokratie- und menschenfeindliche Positionen, die Intoleranz und Missgunst säen und auf Unterdrückung zielen, haben in der Gesellschaft nichts zu suchen. Dies gilt für alle Religionen gleichermaßen und selbstverständlich auch für die Menschen und Institutionen, die sich als atheistisch verstehen. Natürlich sieht DIE LINKE christliche Institutionen auch kritisch. So stehen Beschäftigte, die die Kirche als Arbeitgeber haben, nicht unter dem Schutz des Betriebsverfassungsgesetzes. Auch werden diese oft nicht angemessen bezahlt.

Was hat DIE LINKE auf dem Gebiet der Migrationspolitik erreicht?

Bei der Anerkennung ausländischer Qualifikationen hat DIE LINKE frühzeitig auf dringenden Handlungsbedarf hingewiesen – ohne dafür zunächst eine entsprechende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erzielen. Dies änderte sich allerdings im Laufe der letzten Wahlperiode seit 2005. So ist es nicht zuletzt dem

konsequenten parlamentarischen Druck der LINKEN zu verdanken, dass die Bundesregierung bis Anfang 2011 endlich ein Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsabschlüssen vorzulegen hat. Etwa 500 000 Akademikerinnen und Akademikern werden in Deutschland derzeit ihre Abschlüsse nicht anerkannt. Die Folge ist, dass sie zumeist im Niedriglohnsektor und in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen oder überproportional arbeitslos sind.

Auch bei den Themen „Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug“ und „Visumsfreiheit für Türken“ (Soysal-Urteil) war DIE LINKE durch regelmäßige und hartnäckige Anfragen präsent. Eigene Akzente zu setzen, gelang der LINKEN darüber hinaus beim Problemfeld Einbürgerungen und Staatsangehörigkeitsrecht. Auch konnte DIE LINKE die selbstgefällige Integrations-Fortschrittsbilanz der Bundesregierung durch rechtzeitige Präsentation der rückläufigen Einbürgerungszahlen ein wenig trüben.

Die Fraktion DIE LINKE erarbeitete ein eigenes Integrationskonzept. Damit hat sie eine fundierte „Quelle“ für die Arbeit auf diesem Gebiet.

DIE LINKE steht für eine offene Migrations- und Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Rechte und soziale Lage von Migrantinnen und Migranten stärkt. Wir setzen uns ein für das aktive und passive Wahlrecht für jene, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, sowie für gleiche Rechte beim Zugang zum Arbeitsmarkt. Alle Kinder, die hier geboren werden und deren Eltern in Deutschland leben, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten. Erwachsene, die bereits eine Staatsbürgerschaft haben, sollte die Möglichkeit zu einer Zweistaatlichkeit eröffnet werden.

Ausgrenzung und Benachteiligungen im Schul-, Ausbildungs- und Arbeitsbereich müssen überwunden werden. Im Ausland erworbene Qualifikationen sind unkompliziert anzuerkennen und notwendige Zusatzausbildungen aktiv anzubieten.

Gerade Menschen, die vor Menschenrechtsverletzungen, Kriegen und politischer Verfolgung fliehen mussten, dürfen nicht abgewiesen oder abgeschoben werden. Es muss in der gesamten EU sichergestellt werden, dass das Recht auf Asyl effektiv wahrgenommen werden kann. Diskriminierungen von Asylsuchenden und Geduldeten bei der sozialen Versorgung und Unterbringung sind zu beenden. Die Menschenrechte müssen auch für Menschen ohne Papiere gelten, sie brauchen Perspektiven einer Legalisierung.

Berlin, 26.02.2010